Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend (VJ)

Änderung vom 03.03.2021

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SGS Nummern)

Neu: –
Geändert: **850.400**
Aufgehoben: –

Der Staatsrat des Kantons Wallis

eingesehen den Artikel 57 Absatz 2 der Kantonsverfassung;
auf Antrag des für die Bildung zuständigen Departements,
verordnet:

I.

Der Erlass Verordnung betreffend verschiedene Einrichtungen für die Jugend (VJ) vom 09.05.2001¹⁾ (Stand 01.01.2020) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Staatsrat des Kantons Wallis

eingesehen die Artikel 5, 11, 25, 31, 33, 34, 36, 41, 43, 45, 47 und 52 des Jugendgesetzes vom 11. Mai 2000 (JG);
auf Antrag des für die Bildung zuständigen Departements,
verordnet:

¹⁾ SGS [850.400](#)

Art. 5 Abs. 1

¹ Ausser den Eltern und den jungen Menschen sind die Partner der Dienststelle:

- h) (geändert) die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und die Berufsbeistandschaften;

Art. 6 Abs. 2

² Die Dienststelle setzt sich namentlich aus folgenden Personen, Sektionen und Amtsstellen zusammen:

- d) (geändert) einer Amtsstelle, die mit der Erziehungsberatung, der Schulpsychologie, der Kinder- und Jugendpsychologie, der Logopädie und der Psychomotorik beauftragt ist;

Titel nach Art. 11 (neu)

2a Finanzielle Unterstützung für innovative ausserschulische Projekte im Interesse der Jugend (Art. 8 KJFG)

Art. 11a (neu)

Definition und Ziel

¹ Als innovative ausserschulische Jugendprojekte werden alle Projekte im Zusammenhang mit Bildungs- und Betreuungsaktivitäten in offenem Umfeld verstanden, die Modellcharakter haben oder die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern und auf kommunaler oder regionaler Ebene zur Entwicklung einer nachhaltigen Politik oder Massnahme zugunsten von Kindern und Jugendlichen beitragen, wobei ein nachgewiesener Bedarf bestehen und der Wissenstransfer im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG) gewährleistet sein muss.

² Diese Projekte richten sich an alle im Wallis wohnhaften Kinder und Jugendlichen ab dem Kindergartenalter bis zum vollendeten 25. Altersjahr.

³ Nicht berücksichtigt werden Projekte mit wirtschaftlichen Zielen oder solche, die von Organisationen angeboten werden, die ein derartiges Ziel verfolgen. Ebenfalls ausgeschlossen sind Projekte, die vor der Gesuchstellung begonnen wurden.

Art. 11b (neu)

Umfang und Verteilung der Hilfen

¹ Innovative ausserschulische Projekte im Interesse der Jugend werden zu mindestens 50 Prozent von den öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, dem Verein oder der Stiftung und zu höchstens 50 Prozent vom Kanton finanziert.

² Die Obergrenze für die kantonale Hilfe, die für die einzelnen innovativen ausserschulischen Projekte im Interesse der Jugend gewährt wird, darf 50'000 Franken pro Jahr nicht überschreiten.

³ Der maximale Zeitraum der Subventionen beträgt drei Jahre.

Art. 11c (neu)

Kompetenzen

¹ Die Gewährung von Finanzhilfen zugunsten von innovativen ausserschulischen Projekten im Interesse der Jugend liegt in der Kompetenz des Departementvorstehers, welcher vorgängig die Vormeinung des Jugenddelegierten einholt und diese Kompetenz an den Vorsteher der Dienststelle delegieren kann.

² Die innovativen ausserschulischen Projekte im Interesse der Jugend werden von der Dienststelle überwacht und evaluiert.

³ Der jährlich für innovative ausserschulische Projekte im Interesse der Jugend gewährte Betrag wird durch einen Entscheid des Departements festgelegt.

Art. 11d (neu)

Gesuch

¹ Öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften, Vereine oder Stiftungen, die eine finanzielle Unterstützung für ihr Projekt anstreben, müssen bis spätestens Ende April ein Gesuch bei der Dienststelle einreichen.

² Das Gesuch muss insbesondere die folgenden Angaben über das geplante Projekt enthalten:

- a) Art und Bedeutung;
- b) Ziel und Nutzen;
- c) innovativer Charakter oder Eignung zur Förderung der Beteiligung;
- d) teilnehmende Personen und Organisationen;

- e) Beginn der geplanten Aktivitäten;
- f) Finanzierung und Budget.

³ Die Modalitäten für die Einreichung des Gesuchs und seiner Anhänge sowie die Bedingungen und das Verfahren für die Gewährung der Hilfe werden in einer Weisung des Departements näher beschrieben.

Art. 11e (neu)

Prüfung und Entscheidung

¹ Das Gesuch wird von der Dienststelle geprüft. Falls es unvollständig ist, sendet sie es zur Vervollständigung an die ersuchende Organisation zurück.

² Die Projekte müssen spätestens drei Monate nach Erhalt des Finanzierungsentscheids beginnen.

³ Die Zusammenarbeit, die Projektüberwachung und die Finanzierungsmodalitäten werden in einem Vertrag zwischen der Dienststelle und der ersuchenden Organisation geregelt.

Art. 11f (neu)

Rückforderung

¹ Die Dienststelle fordert die Hilfe zurück, wenn sie auf der Grundlage falscher oder irreführender Angaben gewährt wurde oder nicht zur Finanzierung ausserschulischer Aktivitäten verwendet wurde, oder wenn die Bestimmungen des Vertrags nicht eingehalten wurden.

² Löst sich eine private Organisation im Jahresverlauf auf, so verlangt die Dienststelle die gewährte Finanzhilfe anteilmässig für das laufende Jahr zurück.

³ Der Empfänger der Hilfe muss die Dienststelle umgehend schriftlich über jegliche Einstellung der Aktivitäten informieren.

Art. 14 Abs. 1

¹ Folgende Personen, Instanzen oder Dienste können ambulante sozialpädagogische Leistungen beanspruchen:

- b) (geändert) die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und die Berufsbeistandschaften;

Art. 22 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Aufträge der Dienststelle oder des Jugendgerichtes an eine anerkannte private Stelle werden im Maximum zu 65 Prozent durch die Dienststelle und der verbleibende Anteil durch das Kind oder seine Eltern, subsidiär durch die verantwortlichen Körperschaften, gemäss dem Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe, übernommen.

Art. 27 Abs. 1 (geändert)

¹ Bei einer richterlichen oder waisenamtlichen Entscheidung für die Durchführung des Besuchsrechts unter Aufsicht kann die Dienststelle bis 65 Prozent der vom Departement anerkannten Kosten von Aufträgen an eine private Stelle übernehmen. Der verbleibende Teil wird durch das Kind oder seine Eltern übernommen. Im gegenteiligen Falle wird dies durch die verantwortlichen Körperschaften gemäss dem Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe übernommen.

Art. 34 Abs. 1

¹ Jedem Bewilligungsgesuch für den Betrieb einer Betreuungsstruktur mit erweiterter Öffnungszeit müssen folgende Dokumente beigelegt sein:

- k) (geändert) für jede Person, die eine Tätigkeit mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen ausübt, ein Strafregisterauszug, der nicht mehr als sechs Monate vor der Gesuchstellung ausgestellt wurde.

Art. 35 Abs. 1

¹ Jedem Bewilligungsgesuch für den Betrieb einer Betreuungsstruktur mit eingeschränkter Öffnungszeit müssen folgende Dokumente beigelegt sein:

- f) (geändert) für jede Person, die eine Tätigkeit mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen ausübt, ein Strafregisterauszug, der nicht mehr als sechs Monate vor der Gesuchstellung ausgestellt wurde.

Art. 43a (neu)

Kantonale Lohnaufwertung für das vom Kanton subventionierte Erziehungspersonal

¹ Der Kanton zahlt den Arbeitgebern im ersten Quartal des Kalenderjahres einen einmaligen Bruttobetrag, der der kantonalen Lohnaufwertung für das gesamte Erziehungspersonal, einschliesslich der verantwortlichen Person der Einrichtung, sofern sie ebenfalls Erziehungsaufgaben übernimmt, entspricht.

² Dieser Pauschalbetrag wird für jede/n Mitarbeitende/n, sofern sie/er am 1. Januar des Folgejahres weiterhin in einer durch den Kanton subventionierten Betreuungseinrichtung tätig ist, entsprechend dem Beschäftigungsgrad des Vorjahres berechnet.

³ Der Betrag wird den Mitarbeitenden vom Arbeitgeber innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt in Form einer Einmalzahlung ausbezahlt.

⁴ Der Bruttobetrag für einen Beschäftigungsgrad von 100 Prozent wird jährlich in Abhängigkeit von den verfügbaren Finanzmitteln durch einen im Amtsblatt veröffentlichten Staatsratsentscheid festgelegt.

⁵ Dieser Betrag fällt nicht unter den kantonalen Beitrag, der sich auf 30 Prozent der anerkannten Löhne beläuft.

Art. 49 Abs. 2

² Die Bewilligung ist drei Jahre gültig und wird erteilt nach Prüfung der Persönlichkeit, der erzieherischen Eignung, der wirtschaftlichen Situation, der Gesundheit sowie der Wohnverhältnisse der Pflegeeltern und deren Mitbewohner. Die Prüfung oben erwähnter Bedingungen muss eine gute Pflege, Erziehung und Ausbildung des Kindes sowie das Wohl anderer in der Pflegefamilie lebender Kinder gewährleisten. Zu diesem Zweck verlangt unter anderem die Dienststelle von den Pflegeeltern folgende Unterlagen:

- a) (geändert) ein Arztzeugnis, aus dem hervorgeht, dass die Mitglieder der Pflegefamilie und jede in ihrem Haushalt lebende Person nicht an einer körperlichen oder geistigen Erkrankung leiden, aus der sich ungünstige Bedingungen für die Pflege des Kindes ergeben können;
- b) (geändert) ein Privatauszug aus dem Strafregister, inklusive der volljährigen Mitbewohner. Das Verlangen eines Sonderprivatauszugs aus dem Strafregister bleibt vorbehalten;

Art. 52 Abs. 3

³ Hierfür verlangt die Dienststelle von den Pflegeeltern folgende Unterlagen:

- a) (geändert) ein Arztzeugnis, aus dem hervorgeht, dass die Mitglieder der Pflegefamilie und jede in ihrem Haushalt lebende Person nicht an einer körperlichen oder geistigen Erkrankung leiden, aus der sich ungünstige Bedingungen für die Pflege des Kindes ergeben können;
- b) (geändert) ein Privatauszug aus dem Strafregister, inklusive der volljährigen Mitbewohner. Das Verlangen eines Sonderprivatauszugs aus dem Strafregister bleibt vorbehalten;

Art. 54 Abs. 2 (geändert)

² Die Platzierungskosten entsprechen den Beherbergungskosten sowie dem persönlichen Budget, welche primär durch das Kind oder seine Eltern zu tragen sind. Im gegenteiligen Falle wird dies durch die verantwortlichen Körperschaften gemäss dem Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe übernommen.

Art. 55 Abs. 2 (geändert)

² Die Platzierungskosten entsprechen den Beherbergungskosten sowie dem persönlichen Budget, welche primär durch das Kind oder seine Eltern zu tragen sind. Im gegenteiligen Falle wird dies durch die verantwortlichen Körperschaften gemäss dem Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe übernommen.

Art. 58 Abs. 1

¹ Das Bewilligungsgesuch muss Folgendes enthalten:

- b) (geändert) für den Betriebsführer einen Privatauszug und Sonderprivatauszug aus dem Strafregister, die nicht mehr als sechs Monate vor der Gesuchstellung ausgestellt wurden;

Art. 73 Abs. 3 (geändert)

³ Organisationen, die den Kriterien dieser Charta entsprechen, können eine Zertifizierung erhalten, welche durch das Departement auf Vormeinung des Jugenddelegierten erteilt wird.

Art. 75 Abs. 1

¹ Das Bewilligungsgesuch muss Folgendes enthalten:

- e) (geändert) für den Betriebsführer einen Privatauszug und Sonderprivatauszug aus dem Strafregister, die nicht mehr als sechs Monate vor der Gesuchstellung ausgestellt wurden.

Art. 85 Abs. 1

¹ Als sozialpädagogische Einrichtungen gelten alle Betriebe, welche sich mit Kindern befassen, deren Entwicklung oder deren soziales Verhalten in schwerer Weise gestört ist oder die Gefahr dazu besteht, namentlich:

- e) spezialisierte Einrichtungen für Kinder, wie;
 1. *Aufgehoben.*
 2. *Aufgehoben.*
 3. (geändert) Durchgangsheime und solche für Notaufnahmen.
 4. *Aufgehoben.*
 5. *Aufgehoben.*

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieser Rechtserlass tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2021 in Kraft.

Sitten, den 3. März 2021

Der Präsident des Staatsrates: Christophe Darbellay
Der Staatskanzler: Philipp Spörri